

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIX
---------------------------------	-----

<i>Einleitung</i> . . . . .	1
1. Der Reformbedarf . . . . .	1
2. Das vorgestellte Rentenmodell . . . . .	4
3. Gang der Untersuchung . . . . .	6

## 1. Teil

### Der Beitrag des Eigentumsgrundrechts

<i>I. Die historische Debatte</i> . . . . .	10
1. Erste Öffnungen des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	10
2. Der frühe theoretische Bedarf . . . . .	14
3. Das verfassungstheoretische Fundament . . . . .	16
4. Kritik der freiheitszentrierten Eigentumskonzeption . . . . .	18
a) Der Freiheitsgehalt des Eigentums als Gegenentwurf zum Nationalsozialismus . . . . .	19
b) Der Freiheitsgehalt des Eigentums als Gegenentwurf zum Gesellschaftsmodell der DDR . . . . .	20
c) Der Freiheitsgehalt des Eigentums als Ausdruck androzentrischer Sichtweise . . . . .	21
5. Gegenentwurf . . . . .	22
a) Zugang statt Eigentum . . . . .	24
b) Der freiheitsvermittelnde Inhalt des Renteneigentums . . . . .	25
c) Rentenansprüche als Gemeineigentum . . . . .	27
6. Der Vorstoß des Bundessozialgerichts . . . . .	28
7. Kritik der Literatur . . . . .	31
8. Alternativansätze . . . . .	36
9. Zusammenfassung . . . . .	39

<i>II. Die Anerkennung des Eigentumsschutzes sozialversicherungsrechtlicher Positionen durch das BVerfG .</i>	41
1. Das Sondervotum der Richterin Rupp-von Brünneck . . . . .	42
2. Die Grundsatzentscheidung zum Versorgungsausgleich vom 28. Februar 1980 . . . . .	44
a) Der Schutzbereich des Renteneigentums:	
Die eigene Arbeitsleistung des Versicherten als zentrale Kategorie für die Anerkennung des Eigentumsschutzes . . . . .	44
aa) Die Verortung der eigenen Arbeitsleistung in der Rentenformel . . . . .	49
bb) Eigene Arbeitsleistung und Generationenschicksal . . . . .	50
b) Die Schranken des Renteneigentums: Die Sozialgebundenheit als Maßstab für die Stärke des Eigentumsschutzes . . . . .	52
aa) Das Renteneigentum als Prototyp des gemeinschaftlich gebundenen Eigentums . . . . .	53
bb) Art. 14 GG – Vom Abwehrrecht zum Teilhaberecht? . . . . .	56
cc) Vom Teilhaberecht zurück zum besitz-individualistischen Eigentumsrecht . . . . .	58
c) Zusammenfassung . . . . .	60
3. Die Existenzsicherungsfunktion der sozialrechtlichen Position . . . . .	62
4. Kritik der Eigentumskonzeption der Renten oder: Kann man Renten besitzen? . . . . .	65
a) Sozialversicherung als historisch neuartige Sicherungsform . . . . .	66
b) Die Fiktion des Renteneigentums . . . . .	69
c) Rentenversicherung zwischen Versorgung und Versicherung . . . . .	71
d) Das Wesen der umlagefinanzierten Rentenversicherung . . . . .	73
e) Ein gemeinschaftsbezogener Gegenentwurf der Rente . . . . .	75

<i>III. 20 Jahre bundesverfassungsgerichtliche Rechtsprechung zum sozialrechtlichen Eigentumsschutz . . . . .</i>	79
1. Die Reichweite des Art. 14 GG im Rentenrecht . . . . .	80
a) Beitragsfreie Zeiten . . . . .	81
b) Dynamisierung der Renten . . . . .	84
c) Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten . . . . .	88
d) Witwen- und Witwerrenten . . . . .	91
aa) Die Ausgangslage: Die unbedingte Witwenrente . . . . .	91
bb) Der Gesetzgebungsauftrag des BVerfG . . . . .	92
cc) Kritik der Literatur . . . . .	93

dd) Die Entscheidung des BVerfG vom 18. Februar 1998 ...	94
ee) Bewertung .....	97
ff) Konflikt zwischen normativer Gleichheit und Sozialstaatlichkeit .....	98
e) Zusammenfassung .....	102
2. Die Schutzintensität des sozialrechtlichen Eigentumsrechts anhand der Abwägung von öffentlichen und individuellen Interessen .....	102
a) Rechtsprechungsübersicht .....	103
b) Kürzungs-Topoi .....	108
aa) Leistungskürzungen im Interesse aller .....	110
bb) Leistungskürzungen zur Stabilisierung der Lohnnebenkosten .....	112
c) Besonderheiten des sozialversicherungsrechtlichen Abwägungsprozesses .....	113
d) Öffentliches Interesse und das kollektive schlechte Gewissen .....	116
e) Zusammenfassung .....	117
 IV. <i>Quo vadis Eigentumsschutz? Die Entscheidungen des BVerfG vom 28. April 1999</i> .....	 119
1. Zäsur oder Kontinuität – Die durch Lebensleistung erreichte Position .....	121
a) Der Begriff als historischer Notbehelf .....	125
b) Erweiterung des Eigentumsbegriffs .....	127
2. Kontinuität: Individuelles versus öffentliches Interesse .....	127
3. Weiterentwicklung: Existenzsicherungsfunktion der Renten ...	130
4. Exkurs: Übergang zum Bedürftigkeitsprinzip in der gesetzlichen Rentenversicherung? .....	134
5. Der eingriffsresistente Kern der Rentenanwartschaft .....	137
6. Der eigentumsrechtliche Kürzungspfad im Rentenrecht .....	139
7. Gleichheitsrechtlich indizierte Korrektur des Kürzungspfades ..	140
 V. <i>Rentenrechtlicher Eigentumsschutz aus Europäischem Recht</i> .....	 142
1. Schutz der Renten aus EG-Vertrag .....	142
2. Schutz der Renten aus der Europäischen Menschenrechtskonvention .....	145
a) Der Schutzbereich des Eigentums nach der EMRK .....	146

b) Die Schutzintensität des sozialrechtlichen Eigentums und das öffentliche Interesse .....	148
<i>VI. Der Beitrag des Vertrauensschutzes .....</i>	153
1. Allgemeine Grundsätze des rechtsstaatlichen Vertrauensschutzes .....	154
a) Kritik der Literatur .....	156
b) Vertrauensschutz im Sozialrecht .....	158
2. Der verfassungsrechtliche Surplus des eigentumsrechtlichen Vertrauensschutzes .....	159
a) Rechtsprechungsübersicht .....	160
b) Bewertung .....	165
3. Rentenpolitik und Vertrauensschutz .....	171
4. Konsequenzen für zukünftige Rentenreformen .....	175
<i>VII. Die Umsetzung der Schweizer Grundsicherung i.R. des       deutschen Verfassungsrechts .....</i>	177
1. Die Rentenansprüche in der Phänomenologie des Eigentums ...	181
a) Abschied vom einheitlichen Eigentumsbegriff .....	182
b) Bereichsspezifischer Eigentumsschutz .....	184
c) Die Quelle des verfassungsrechtlichen Eigentumsbegriffs ...	186
d) Abgrenzung von Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	189
2. Schweizer Grundsicherungsmodell zwischen Inhaltsbestimmung und Enteignung .....	190
a) Rentenreform als Enteignung? .....	192
aa) Neuordnung eines Rechtsgebietes .....	195
bb) Ergebnis .....	197
b) Rentenreform als ausgleichspflichtige Schranken- und Inhaltsbestimmung? .....	198
3. Die Zulässigkeit des Schweizer Grundsicherungsmodell im Rahmen von Art. 14 GG .....	201
a) Das öffentliche Interesse an der Rentenreform .....	202
aa) Erhalt der Rentenversicherung im Interesse aller .....	202
bb) Änderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen .....	203
cc) Schließung bestehender Gerechtigkeitslücken .....	204
b) Die Verhältnismäßigkeit der Rentenreform .....	205
aa) Geeignetheit .....	206
bb) Erforderlichkeit .....	207
cc) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	208

c) Die selektive Kürzung der Versichertenrenten – Rechtfertigung des Gleichheitsverstosses .....	210
4. Berücksichtigung des Vertrauensschutzes .....	213
5. Die Zulässigkeit der Erweiterung des Versichertenkreises .....	214
a) Die Einbeziehung der Selbständigen in die Grundsicherung .	215
b) Die Einbeziehung der Beamten in die Grundsicherung .....	219
6. Die Zulässigkeit der Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei gleichzeitiger Kappung der Renten .....	221
7. Ergebnis .....	224
8. Gleichheitsrechtliche Anforderungen an eine neu einzuführende Staatsbürgerversicherung .....	226
9. Exkurs: Einheitsrente für alle als Enteignung ? .....	228

## 2. Teil

### Gleichheitsrechtliche Anforderungen an eine Reform der Alterssicherung

<i>I. Einleitung</i> .....	232
1. Abstufungen der Gleichheitsprüfung .....	234
a) Die Rechtfertigung von Differenzierungen: Willkür oder Verhältnismäßigkeit .....	237
b) Die Vergleichsgruppen .....	240
c) Der Vergleichsmaßstab .....	241
d) Die Rechtsfolgen eines Gleichheitsverstosses .....	242
2. Der Inhalt des Gleichheitssatzes .....	243
a) Rechtliche oder faktische Gleichheit? .....	245
b) Zum Verhältnis von Gleichheit und Gerechtigkeit .....	246
c) Gleichheit oder Differenz? .....	249
d) Gleichheit im Prozess der Europäisierung .....	249
<i>II. Gerechtigkeit zwischen Eltern und Kinderlosen</i> .....	251
1. Das Gerechtigkeitsdefizit .....	251
a) Veränderungen innerhalb der Finanzierung des Staatshaushaltes .....	254
b) Erhöhung der indirekten Steuern .....	254
c) Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge .....	256
2. Von der sozialen Frage zum Gleichheitsverstoß .....	258
3. Die Kinderethik des BVerfG im Steuerrecht .....	260
a) Das steuerliche Existenzminimum der Kinder .....	260

aa) Bewertung .....	263
bb) Kindergeld versus Kinderfreibeträge .....	265
b) Der erwerbsbedingte Betreuungsbedarf und Erziehungsbedarf der Kinder .....	270
aa) Die Vergleichsgruppen .....	272
bb) Umsetzung durch den Gesetzgeber .....	276
c) Sozialstaatliche Rechtfertigung eines Verstoßes gegen das horizontale Gleichheitsgebot .....	279
d) Verteidigung der horizontalen Gleichheit im Steuerrecht ....	283
4. Die Kinderethik des BVerfG im Sozialversicherungsrecht .....	286
a) Die strukturelle Blindheit des Art. 6 Abs. 1 GG gegenüber der »Kinderfrage« .....	289
aa) Gleichheitsrechtliche Umverteilung statt sozialstaatliche Förderung .....	294
bb) Art. 6 GG als Anknüpfungspunkt für ein Kindergrundrecht? .....	296
b) Einwände gegen die Berücksichtigung der Kindererziehung im Beitragsrecht der Sozialversicherung .....	297
aa) Familienlastenausgleich im Steuerrecht statt im Sozialversicherungsrecht? .....	300
bb) Ungleichbehandlung von Sozialversicherten und Nicht-Sozialversicherten .....	304
cc) Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf statt Beitragsreduktion .....	306
dd) Effektiver Familienlastenausgleich auf der Leistungsseite der Rentenversicherung .....	308
ee) Beitragsreduktion für gegenwärtige oder auch für vergangene Erziehung? .....	313
ff) Verteilung der Beitragsreduktion zwischen den Eltern ..	315
gg) Die Einmaligkeit einer Beitragsreduktion im internationalen Vergleich .....	316
hh) Der ökonomische Wert der Kindererziehung für die sozialen Sicherungssysteme .....	318
c) Umsetzung des Gesetzgebers .....	322
5. Plädoyer für eine verfassungsethische Begründung des Wertes von Kindern .....	324
a) Das Menschenbild des Grundgesetzes .....	327
b) Die freie Entfaltung der Persönlichkeit von Eltern .....	329
c) Faktische Gleichbehandlung von Familien mit kinderlosen Lebensgemeinschaften .....	332
d) Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung von Kindern	333

<i>III. Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen in der Alterssicherung</i> .....	339
1. Arbeitnehmerzentrierte Rentenversicherung als mittelbare Diskriminierung? .....	339
2. Die Verpflichtung des Gesetzgebers zur Beseitigung bestehender Nachteile .....	346
<i>IV. Gerechtigkeit zwischen den Generationen</i> .....	349
1. Das Gerechtigkeitsdefizit .....	351
a) Buchhaltung für Generationen .....	352
b) Transferausbeutung der Kindergeneration durch die Rentnergeneration? .....	354
2. Der Gleichheitsverstoß .....	357
a) Die Vergleichbarkeit der Generationen .....	357
b) Die Vergleichsgruppenbildung .....	360
c) Der antizipierte Gleichheitsverstoß .....	362
d) Renditegleichheit als Verfassungsgebot? .....	364
3. Die Rechtfertigung des Gleichheitsverstoßes .....	366
4. Ergebnis .....	367
5. Wege zur Herstellung von Gerechtigkeit zwischen den Generationen .....	371
a) Der Ansatz des BSG : Generationengerechtigkeit durch Eingriffe in die Rentendynamik .....	375
b) Die »Riester-Rente« als Beitrag zur Generationengerechtigkeit? .....	377
aa) Die sozialen Folgen des Ausbaus der privaten Altersvorsorge .....	378
bb) Die verfassungsrechtlichen Konsequenzen des Ausbaus der privaten Altersvorsorge .....	380
cc) Balanceverschiebung zwischen Versicherungsprinzip und sozialem Ausgleich .....	382
6. Exkurs: Der Alles-nicht-so-schlimm-Ansatz .....	384
7. Zusammenfassung: Generationengerechtigkeit .....	387
<i>V. Arbeitslosigkeit als Gerechtigkeitsdefizit</i> .....	390
1. Das Gerechtigkeitsdefizit .....	392
a) Neue soziale Schutzbedürfnisse .....	394
b) Erosion der Finanzierungsgrundlagen .....	398
c) Bemühungen des Gesetzgebers .....	400
2. Der Gleichheitsverstoß .....	403

3. Umfassende Staatsbürgerversicherung als Forderung von Systemgerechtigkeit? .....	404
4. Die Rechtfertigung des Gleichheitsverstößes .....	408
a) Geringfügig Beschäftigte .....	408
b) Neue Selbständige .....	412
5. Ergebnis .....	413
 VI. <i>Äquivalenzprinzip als verfassungsrechtliches Gebot aus Art. 3 Abs. 1 GG?</i> .....	415
1. Die neuen sozialversicherungsrechtlichen Äquivalenzkonzepte ..	417
2. Kritik .....	419
a) Präzedenzfall: Einbeziehung DDR-Rentner .....	424
b) Präzedenzfall: Kindererziehung .....	425
c) Äquivalenzprinzip als Verkennung der modernen Arbeitswelt .....	425
d) Äquivalenzprinzip als Ausweg aus der Rentenkrise? .....	427
3. Das Bundesverfassungsgericht und das sozialversicherungsrechtliche Äquivalenzprinzip .....	429
4. Äquivalenzprinzip und europäisches Wettbewerbsrecht .....	433
a) Europarecht und Sozialversicherungsmonopol .....	433
aa) Höfner und Elser .....	434
bb) Poucet und Pistre .....	435
cc) Fédération française des sociétés d'assurance .....	436
dd) Niederländische Betriebsrentenfonds .....	437
ee) Istituto nazionale per l'assicurazione contro gli infortuni sul lavoro (INAIL) .....	438
ff) AOK-Bundesverband .....	439
b) Die Bedeutung der Rechtsprechung des EuGH für die deutsche Rentenversicherung .....	441
c) Solidarische Umverteilung in der deutschen Rentenversicherung? .....	443
5. Ergebnis .....	445
 VII. <i>Zum Verhältnis von Art. 3 und Art. 14 GG</i> .....	447
1. Offene Kollision zwischen Art. 14 Abs. 1 GG und Art. 3 Abs. 1 GG? .....	448
2. Neue Inhaltsbestimmung des Eigentums an Rentenanwartschaften .....	450



## 3. Teil

## Rentenreform im Kontext der europäischen Integration

<i>I. Das Schicksal nationaler Sozialstaatlichkeit in Europa</i> . . . . .	454
1. Europäisierung als Gegenspielerin zu nationaler Sozialstaatlichkeit . . . . .	455
2. Europäisierung als Chance für den deutschen Sozialstaat . . . . .	457
a) Die europäische Vergleichsperspektive . . . . .	460
b) Vorgaben des europäischen Sozialstaats . . . . .	462
<i>II. Das soziale Wirken der Bundesrepublik Deutschland auf europäischer Ebene (Art. 23 Abs. 1 GG)</i> . . . . .	467
1. Das Soziale im Grundgesetz . . . . .	471
2. Sozialstaatlichkeit in der rechtswissenschaftlichen Debatte . . . . .	475
3. Die Facetten der Sozialstaatlichkeit in der Rechtsprechung des BVerfG . . . . .	480
a) Legitimationsfunktion in der frühen Bundesrepublik . . . . .	481
b) Sozialstaatlich aufgeladene Grundrechte als Teilhabe- und Zugangsrechte . . . . .	483
aa) Numerus-Clausus-Entscheidung . . . . .	483
bb) Nasciturus-Entscheidung . . . . .	485
cc) Teilhaberechtliche Rechtsschutzgarantie . . . . .	487
dd) Ergebnis . . . . .	488
c) Sozialstaatsprinzip als soziales Rückschrittsverbot? . . . . .	491
d) Sozialstaatsprinzip zur Begründung staatlicher Schutzpflichten . . . . .	492
aa) Allgemeine soziale Schutzpflichten des Staates . . . . .	492
bb) Die Bedeutung des Sozialstaatsprinzips zur Wiedergutmachung für vorstaatliches Unrecht . . . . .	493
cc) Staatlicher Schutz des Existenzminimums . . . . .	494
dd) Soziale Schutzpflichten zu Gunsten der unterlegenen Vertragspartei . . . . .	494
ee) Sozialstaatliche Einstandspflichten für das Privatschulwesen . . . . .	495
e) Sozialstaatsprinzip als Rechtfertigung für Grundrechtseingriffe . . . . .	496
f) Das Sozialstaatsprinzip als Garantin des Allgemeinwohls . . . . .	497
4. Ergebnis . . . . .	500

<i>III. Neue Tendenzen der verfassungsrechtlichen Sozialstaatsdiskussion</i> .....	504
1. Gleiche Freiheiten .....	504
2. Freiheit statt Gleichheit .....	506
3. Universalistische Bürgerversicherung im Spannungsfeld von Freiheit und Gleichheit .....	509
<i>IV. Eine pragmatische Lösung für die Bestimmung des »Sozialen« in Art. 23 Abs. 1 GG</i> .....	512
<i>Zusammenfassung</i> .....	517
Teil 1: Der Beitrag des Eigentumsgrundrechts .....	517
Teil 2: Gleichheitsrechtliche Anforderungen an eine Reform der Alterssicherung .....	521
Teil 3: Rentenreform im Kontext der Europäischen Integration .....	528
Literaturverzeichnis .....	531
Stichwortverzeichnis .....	567